

EU5 D – Was Freiheit schützt

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	11.09.2023
Tagesordnungspunkt:	3. Änderungsanträge zum Europawahlprogramm

Text

1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Demokratie. Die
2 Europäer*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet. Heute
3 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher Stacheldraht,
4 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo noch vor
5 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie garantiert, dass
6 alle Europäer*innen ihre Regierungen frei wählen können – von der Gemeindeebene bis nach
7 Brüssel.

8 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt zusammen und
9 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu begreifen;
10 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu suchen, statt
11 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.

12 Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie wollen wir
13 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen Grenzen nicht
14 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie autoritäre
15 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung, durch
16 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die Bürger*innen zu
17 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher Verlässlichkeit das
18 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.

19 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das ist gut,
20 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der drängenden Probleme
21 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen Prozess
22 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir erweitern
23 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit einer
24 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam und langwierig
25 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Sie ersetzen die Gewehrkugel, die nicht mit
26 sich reden lässt, mit der Kraft des Wortes und der Diskussion. Dabei steht am Ende oft ein
27 Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends zufriedenstellt, aber alle weiterbringt.
28 Dafür stehen wir ein.

29 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische Einigung
30 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, dürfte in der Weltgeschichte seinesgleichen suchen.
31 Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist*innen aller Art: Wer meint, dass
32 Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie Medien mundtot machen
33 will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze durchsetzen will – für den ist die
34 EU ein Dorn im Auge.

35 Wir finden: gut so.

36 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu schützen,
37 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir sie ausbauen.
38 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen fairen
39 Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die
40 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger*innen Sicherheit und gleiche Rechte bietet.

41 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das
42 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen, dass die EU
43 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán, die nötige
44 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte nicht
45 gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.

46 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser Grundwerte – und eine
47 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die Rechte von
48 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen benachteiligt ist,
49 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb
50 Europas stellen unseren Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild
51 erklären. Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir
52 entschieden entgegen. Ein vielfältiges Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt dafür, dass
53 alle beitragen und teilhaben können. Wir stehen fest an der Seite all jener, die ausgegrenzt
54 und diskriminiert werden. Und weil wir die EU als Vorreiterin einer wertegeleiteten
55 Digitalisierung sehen, wollen wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.

56 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen dabei
57 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die nach Europa
58 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den europäischen
59 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit Geflüchteten
60 und Migrant*innen. Wir wollen Schutz bieten und zugleich Einwanderung so gestalten, dass
61 diejenigen, die als Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer
62 zum Erfolg unserer Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten können.

63 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein, Gemeinschaft
64 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir setzen uns ein
65 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres Kontinents
66 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter demokratischen
67 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet. Dieses Europa wollen wir sein.

68 1. Demokratische Institutionen

69 Rechtsstaatlichkeit verteidigen

70 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit
71 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn Regierungen in
72 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die Unabhängigkeit der
73 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition und
74 Zivilgesellschaft beschneiden, eine freie Presse bekämpfen, Minderheiten- und LGBTIQ*-Rechte
75 einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor öffnen, schwächen
76 sie die EU. Deshalb ist es unverzichtbar, dass die bestehenden Rechtsstaatsinstrumente
77 konsequenter und schneller genutzt und weiterentwickelt werden.

78 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, wollen wir zum Schutzschirm für Europas
79 Bürger*innen machen. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht durch die EU-
80 Organe beschränkt, ist ihre Schutzwirkung bislang beschränkt. Das wollen wir ändern: Sie
81 soll auch für das Handeln der Mitgliedstaaten gelten und einklagbar werden. Wenn eine
82 Regierung die Grundrechte ihrer Bürger*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer
83 Ebene belangt werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen
84 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen
85 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

86 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage der
87 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr Gewicht
88 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die Zivilgesellschaft gezielter
89 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf verbindliche
90 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch
91 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen Parlament müssen
92 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach Artikel
93 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts führen kann,
94 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die Mitgliedstaaten im
95 Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht mehr mit Konsens, sondern mit
96 qualifizierter Mehrheit abstimmen.

97 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer
98 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer Steuergelder
99 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten bestimmter
100 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch eine
101 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend.
102 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das
103 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise eingefroren
104 werden.

105 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat, Kommission und
106 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende Anwendung aller
107 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer gemeinsamen
108 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu garantieren, den alle
109 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert*innen-Kommission, die die
110 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten, müssen
111 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren. Bei
112 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die Leidtragenden
113 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung stehlen und lieber
114 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt unterstützt werden
115 können.

116 Mehr Demokratie wagen

117 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe
118 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter stärken. Das
119 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt sein und wie
120 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder
121 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig
122 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen, Untersuchungsausschüsse
123 einzuberufen und Zeug*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf Vorschlag der
124 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall wieder
125 entlassen können.

126 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es mehr
127 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die Positionen
128 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

129 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen Verfassung. Das
130 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil
131 der gesetzgebenden Gewalt werden.

132 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass alle
133 Parteien Spitzenkandidat*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das Europäische
134 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission. Zudem sind
135 bei der Europawahl bislang nur Kandidat*innen aus dem jeweils eigenen Land wählbar. Das
136 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfs ändern. Ein Teil der Abgeordneten
137 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische
138 transnationale Listen bestimmt werden.

139 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die Einführung
140 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg.

141 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger*innen im Europäischen Parlament wollen
142 wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen.

143 Mit dem Europäischen Bürger*innenforum können europäische Bürger*innen, die nach dem
144 Zufallsprinzip aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost werden, in einem Bürger*innen-
145 Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Das war das Prinzip der Europäischen
146 Zukunftskonferenz. Wir wollen dieses Instrument fest verankern.

147 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger*innen direkt ein Thema auf die
148 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern, verbindlicher und
149 bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres ein
150 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen Parlament sowie
151 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator*innen einer EBI sollen als
152 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger*innenforum einberufen können.

153 Handlungsfähiger werden

154 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige EU
155 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen
156 Entscheidungen schneller ermöglichen. Wo bisher noch Einstimmigkeit zwischen den Staaten
157 erforderlich war und Entscheidungen deshalb leicht blockiert werden konnten, soll in Zukunft
158 mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt werden. Dabei ist es wichtig, dass die Interessen
159 kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör finden.

160 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten
161 Zusammenarbeit (Passerelle-Klausel) besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe von
162 mindestens neun EU-Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu kooperieren und
163 gemeinsam Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf den Weg
164 bringen. Wichtig für uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden – und alle
165 anderen Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

166 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und zeitnah in die
167 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir eintreten, bedarf
168 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung von EU-
169 Bürger*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur Zukunft
170 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger*innen maßgeblich an der Formulierung von neuen
171 Perspektiven für die EU beteiligt.

172 Korruption bekämpfen

173 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger*innen, jeder Anschein käuflicher Politik richtet
174 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament, in der

175 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das Vertrauen in
176 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle sichtbar.
177 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das
178 dringlicher denn je.

179 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei Verstößen
180 müssen finanzielle Strafen auf dem Fuße folgen. Mit einem für alle EU-Institutionen, auch
181 den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen wir auf allen politischen Ebenen offen, wer in
182 den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen, die auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben,
183 machen wir durch einen „legislativen Fußabdruck“ sichtbar, der umfassend nachvollziehbar
184 macht, welche Positionen im Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

185 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige Ethikbehörde
186 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt. Beim Wechsel
187 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an
188 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle.

189 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag- und
190 Geldgeber*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei der Nutzung
191 persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness im demokratischen
192 Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.

193 2. Feminismus

194 Europa zum Motor für Frauenrechte machen

195 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt leben können.
196 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es noch viel zu
197 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter.
198 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften
199 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus dem
200 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf
201 Schwangerschaftsabbruch, werden offen infrage gestellt, Errungenschaften im Kampf gegen
202 Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt. Dem stellen wir uns mit aller Macht entgegen.

203 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf unserem
204 Kontinent bleibt. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche der Union
205 ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality) stärken und
206 ausbauen.

207 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig und
208 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der kommenden
209 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in Sachen
210 Gleichberechtigung voranzukommen.

211 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Wir wollen
212 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen stärkt. Dazu
213 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche Selbstbestimmung
214 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen den
215 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur
216 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der
217 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-
218 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.

219 Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen

220 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Als
221 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen schaffen sie
222 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt hilft
223 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel Altersarmut zu
224 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

225 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von Frauen,
226 klafft in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in Deutschland sogar
227 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der Lohntransparenzrichtlinie ein
228 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und Berichte,
229 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt so die
230 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese
231 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich müssen
232 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, durch
233 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere Verteilung von
234 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern verbessert werden.

235 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen
236 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine
237 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich ermöglichen,
238 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die
239 Partner*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird die
240 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der
241 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Eine gute und partnerschaftliche
242 Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine effektive Maßnahme, um dem existierenden
243 Fachkräftemangel durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen entgegenzuwirken. Denn: Viele
244 Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer mehr Männer wünschen sich, Familienaufgaben
245 paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es aber nicht zu.

246 Besonders auffällig ist der geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der sogenannten
247 MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Das gilt für ganz Europa. Angesichts des
248 Arbeits- und Fachkräftemangels ist es geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial zu
249 verzichten. Entsprechend wollen wir das Arbeitskräfteangebot für den MINT-Bereich
250 verbessern. Auf EU-Ebene fordern wir deshalb bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Darlehen
251 und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch EU-Fonds
252 und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden Fonds, aber auch
253 zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

254 Gewaltschutz durchsetzen

255 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Opfer von geschlechtsbasierter
256 Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen verhindert bzw. verfolgt
257 und verurteilt wird. Ein wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von
258 Frauen, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert und somit eine wichtige
259 Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-Konvention ist das erste
260 Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung von Gewalt
261 gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative der
262 Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Bis heute aber
263 haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn, Lettland,
264 Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist es ein

265 großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-Konvention
266 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von Frauen
267 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden Bericht
268 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen für Opfer
269 sowie Notrufstellen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von
270 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt werden.

271 Menschenhandel bekämpfen

272 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir durch ein
273 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die verbreitetste Form des
274 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffene werden
275 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten. Mehr als
276 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der EU sind
277 EU-Bürger*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

278 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung und zum
279 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken. Darüber
280 hinaus machen wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-Richtlinie dafür
281 stark, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den Zugang zu
282 Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den
283 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der
284 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben,
285 ist falsch. Stattdessen würden ihre Anzeige- und Aussagebereitschaft durch Schutzprogramme
286 und dauerhafte Bleiberechte erhöht und die Strafverfolgung der Täter*innen erleichtert.

287 Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen

288 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nicht
289 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa müssen wir
290 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu finden. Wir
291 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte. Denn
292 verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um Führungsgremien in Wirtschaft und Politik
293 geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch die
294 Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

295 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen wir ein
296 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt durchsetzen. Es
297 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter aufzustellen: In der
298 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach
299 Geschlechtern transparent gemacht wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der
300 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission eine
301 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung entwickelt.
302 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen Datenlage
303 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

304 3. Europas Vielfalt

305 Zivilgesellschaft stärken

306 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener Menschen aus.
307 Queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Atheist*innen und religiöse Menschen,
308 Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein, gestalten unser Miteinander und
309 unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark, weil sie in Bürgerinitiativen
310 und Parteien, Vereinen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine lebendige
311 Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe der EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

312 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst
313 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament haben wir
314 erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg gebracht. So
315 sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa rechtlich
316 abgesichert arbeiten können.

317 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für Menschen, die
318 Diskriminierung und Gewalt erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten können, wollen
319 wir die bestehenden Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

320 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung,
321 Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir Initiativen und
322 Selbstvertretungsorganisationen, die sich für die Gleichberechtigung aller Menschen stark
323 machen und dort aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders unter Druck
324 stehen.

325 Religion und Glauben haben eine integrative Kraft in der Gesellschaft und sind Bestandteil
326 unserer Kulturen. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und Einrichtungen, die zum
327 Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige und freie
328 Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung verfolgt
329 werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den interreligiösen Dialog vertiefen und
330 Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen Glaubens miteinander in Kontakt zu
331 bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt und im Dialog auf Augenhöhe unser
332 vielfältiges Europa gestärkt wird.

333 Diskriminierung überwinden

334 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger*innen-Rechte gelten für alle
335 Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen unabhängig davon
336 gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa, das in
337 seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft
338 demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Um dieses Versprechen
339 einzulösen, muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen.

340 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft tief verwoben.
341 Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns entschlossen
342 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem Versprechen „Nie
343 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah verpflichtet hat. Es
344 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu gewährleisten
345 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen. Wir
346 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für Sicherheitsprojekte, um sie
347 dabei zu unterstützen. Als Europäer*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe, Antisemitismus in

348 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt sichtbar
349 zu machen und zu stärken. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und
350 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir politische und
351 kulturelle Bildungsangebote fördern.

352 Muslim*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa. Muslimisches Leben
353 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und verschwörungsideologischen
354 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die Stelle der
355 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir stärken.

356 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und sich dabei
357 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-Hintergrund werden
358 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit die
359 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Antiziganismus gefördert werden, richten wir ein
360 europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter anderem Expert*innen für Roma-
361 Politik, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale Gebietskörperschaften
362 an.

363 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen, auf dem
364 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden, sondern müssen
365 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat durch ihre Vorgaben den Schutz gegen
366 Diskriminierung bereits erheblich verbessert. Um das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu
367 stärken sowie Schutzlücken zu schließen, wollen wir, dass die 5.

368 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Das Amt der bzw. des
369 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025 hinaus
370 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen
371 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken.

372 Queere Rechte schützen

373 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben zu können,
374 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten Jahrzehnten viele
375 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte versuchen,
376 diese wieder zurückzudrehen. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit für
377 lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen (LGBTIQ*) nicht möglich,
378 weil ihre Rechte eingeschränkt oder sie im Alltag angefeindet oder angegriffen werden.
379 Diesen Versuchen stellen wir uns klar entgegen, ganz egal aus welcher Motivation sie
380 geschehen oder von wem sie ausgehen.

381 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LGBTIQ* Freedom Zone“
382 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat
383 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive Vertragsverletzungsverfahren und
384 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen LGBTIQ*-Personen
385 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen.

386 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – ob mit zwei Müttern,
387 alleinerziehend oder Mutter und Vater. Landesgrenzen dürfen nicht darüber entscheiden, ob
388 Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit muss auch für
389 Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass eine in einem EU-Land
390 begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft oder gleichgeschlechtliche Ehe in der
391 gesamten Union anerkannt wird.

392 Inklusion verwirklichen

393 Die europäische Behindertenbewegung hat sich erfolgreich für ihr Recht auf Gleichstellung
394 und Teilhabe eingesetzt. Mit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention haben
395 sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, alle Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am
396 politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass die
397 inklusive Gesellschaft endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.

398 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von
399 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir unter anderem das
400 Werkstättensystem reformieren – denn sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen auch für
401 Menschen mit Behinderung gelten.

402 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen mit
403 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen erleben in
404 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben
405 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der
406 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in Deutschland
407 – umgesetzt wird.

408 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung erlebbar zu machen,
409 wollen wir einen europäischen Schwerbehindertenausweis einführen, gegenseitige Anerkennung
410 nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies Reisen durch ganz Europa
411 umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen Leistungen.

412 4. Eine lebendige Kulturlandschaft

413 Kultur als Säule der Demokratie

414 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht aus dem
415 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen und der
416 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und zugleich ein
417 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch und
418 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Wir verteidigen deshalb
419 die freie Kunst und Kultur gegen staatliche Eingriffe, aber auch durch die Gestaltung einer
420 öffentlichen Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken
421 ermöglicht.

422 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb ausbauen und deutlich vereinfachen, um die
423 Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler*innen und Kulturveranstalter*innen in ganz
424 Europa zu ermöglichen, nicht zuletzt auch dort, wo Vielfalt und Demokratie unter Druck
425 stehen. Es soll sich als Dienstleister für Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist
426 sowie schnell und zielgerichtet unterstützt.

427 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische Dimension der
428 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen daher im Rahmen
429 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für den Wandel
430 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden. Auch die
431 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für
432 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen und als
433 eigene Mission in Horizont Europa verankern.

434 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres Kontinents erlebbar
435 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die
436 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

437 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen
438 Kulturwirtschaft mit kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie gestalten unter anderem
439 virtuelle Welten, Games, Filme oder Serien und sind wesentliche Treiberinnen von Innovation
440 und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen wollen wir fördern
441 und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen, etwa indem wir uns
442 in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme einsetzen.

443 Kreative stärken

444 Die Schaffenskraft von Künstler*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere lebendige
445 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen müssen sie
446 ihren Platz in der Wertschöpfungskette der Kulturproduktion immer wieder neu behaupten. Das
447 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt von
448 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. Damit tritt sie in
449 Konkurrenz zu menschlichen Urheber*innen. Wir setzen uns daher für die Durchsetzung der
450 Rechte von Urheber*innen ein, zum Beispiel dafür, dass sie die Zustimmung zur Verwendung
451 ihres Materials auf der Grundlage des bestehenden Urheberrechts verweigern dürfen.
452 Urheber*innen wollen wir bei der fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen. Urheber*innen
453 und auch andere Kulturschaffende wie Schauspieler*innen oder Musiker*innen müssen einen
454 Platz am Tisch haben, wenn über die Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt
455 entschieden wird.

456 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler*innen und Kreative wollen wir die
457 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken. Für
458 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen sicheren Hafen
459 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

460 Medienfreiheit garantieren

461 Freie Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für jede demokratische Öffentlichkeit. Auch
462 in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage heute angegriffen. Wir unterstützen deshalb
463 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in Form
464 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlageigentum oder auf anderem
465 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem Grundsatz
466 der Staatsferne folgen müssen.

467 Private Medien in Print und Online werden auch durch die Marktmacht der Plattformen im
468 Wettbewerb um Werbeeinnahmen stark in ihrem Wirtschaftsmodell beeinträchtigt. Wir streben
469 deshalb an, durch geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische
470 Angebote besonders im Netz zu verbessern.

471 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung einer
472 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen wir uns für
473 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-rechtlichen
474 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des Senders arte
475 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot entwickeln. Darüber
476 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
477 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und Medienangebote im

478 Netz ein. Wir wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU ein Raum des
479 freien Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse- und
480 Meinungsfreiheit unterdrückt wird.

481 Europäisch erinnern

482 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller Gesellschaften eines
483 Kontinents, der über Jahrhunderte von Gewalt und Kriegen gezeichnet war. Die EU als
484 Friedensprojekt hat die Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu setzen.
485 Erinnerung soll einen Beitrag zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei
486 ist es wichtig, eine multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die
487 Geschichte von bisher zu Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen mit
488 europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der Verständigung widmen
489 und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden Gewalterfahrungen
490 durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung durch die Sowjetunion in ihrem
491 komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen. Bestrebungen nach einer Umdeutung
492 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden entgegen.

493 Allen Versuchen, einen „Schlussstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des
494 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen, stellen wir
495 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir werden dies nicht
496 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

497 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord, Kolonialismus,
498 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien. Viele europäische Staaten
499 waren in diese Verbrechen verwickelt und profitieren teilweise noch heute von den damals
500 geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen wollen wir die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte
501 in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen, mit Forscher*innen und zivilgesellschaftlichen
502 Initiativen aus ehemals kolonisierten Staaten auch auf europäischer Ebene vorantreiben. Dazu
503 gehört die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen.

504 Fair Play im Sport

505 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France – Sport steht
506 im Herzen von Europa. Er verbindet Menschen, schafft und vermittelt regionale Identitäten,
507 sorgt für Gesprächsstoff. Im Zentrum stehen die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in
508 Vereinen und Verbänden engagieren. Wir wollen Verbände stärken, die sich besonders für
509 gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung
510 und Hass stark machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich
511 machen.

512 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair und
513 transparent funktioniert. Betrug, Doping und Korruption stehen seinem Wesen diametral
514 entgegen. Wir wollen daher eine unabhängige europäische Agentur etablieren, die sich mit
515 NGOs, Anti-Korruptionsexpert*innen sowie internationalen Ermittler*innen für Transparenz,
516 Integrität und echte Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten
517 Sport kümmert.

518 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür, dass
519 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn sie mit
520 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und Nachhaltigkeit
521 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen setzen.

522 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von Sportereignissen. So
523 machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam erlebbar.

524 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele Sportarten
525 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport Schäden. Wir
526 wollen durch ein europäisches Forschungsprogramm Wege aufzeigen, wie sich Europas
527 vielfältige Sportszene klimaneutral entwickeln kann.

528 5. Humanität und Ordnung

529 Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen

530 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden Bevölkerung und sucht
531 händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unseren Wohlstand zu sichern, müssen wir im
532 weltweiten Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände attraktiver werden und
533 Einwanderung modern gestalten. Statt bürokratischer und langwieriger Verfahren wollen wir
534 die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern.
535 Hierzu zählt, die Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten einheitlich und
536 unbürokratisch zu gestalten.

537 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter ausbauen. Dafür
538 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine Digitalisierungsoffensive,
539 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Fach- und Arbeitskräfte
540 gewinnen wir aber nicht nur durch unbürokratische Verfahren. Wir wollen auch sicherstellen,
541 dass sich Migrant*innen durch eine gelebte Ankommens- und Willkommenskultur schnell bei uns
542 einleben und gern bei uns leben. Denn eine aktive Willkommenskultur macht uns auch als
543 Wirtschaftsstandort attraktiv. Dazu gehört es auch, Rassismus und Ausgrenzung
544 entgegenzutreten, die nicht zuletzt Europas Wohlstand schaden. Um Angebote für eine gute und
545 schnelle Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den kommunalen Integrationsfonds
546 stärken und weiter ausbauen.

547 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne Papiere. Faire
548 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir mehrsprachige und
549 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen und stärken, damit sich alle
550 Arbeiter*innen an sie wenden können.

551 Gemeinsame Asylpolitik angehen

552 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Grundrecht auf Asyl garantiert sowie humanitäre
553 und völkerrechtliche Verpflichtungen einhält. Wir stehen zur Genfer Flüchtlingskonvention,
554 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention, der
555 Behindertenrechtskonvention und dem internationalen Seerecht.

556 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame Asylpolitik ist nötig, um
557 menschenunwürdige Ad-hoc-Lösungen zu beenden. Mit einer fairen und verbindlichen Verteilung
558 von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und verteidigen
559 unsere gemeinsamen Werte. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid,
560 rechtsstaatliche Verfahren sorgen für Humanität und Ordnung.

561 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung und
562 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen Grenzmanagement
563 angewiesen. Wir setzen uns deshalb für einen dauerhaften, verlässlichen und verpflichtenden

564 Solidaritäts- und Verteilmechanismus ein. Um die gemeinsamen Herausforderungen zu
565 bewältigen, müssen sich alle Mitgliedstaaten einbringen – ob durch die Aufnahme von
566 Schutzsuchenden oder durch finanzielle Unterstützung für die Aufnahme von Geflüchteten.
567 Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei keine Kompensation. Mitgliedstaaten, die
568 in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell entlastet werden.

569 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken. Bei der Verteilung von
570 Geflüchteten innerhalb der EU wollen wir eine aktive Rolle der Kommunen stärken und die
571 kommunalen Integrationsfonds ausbauen. Wenn es um die Verteilung Geflüchteter auf der
572 europäischen Ebene geht, möchten wir die Ressourcen der Länder und Kommunen über einen
573 Matching-Mechanismus mit den Bedürfnissen der Geflüchteten in Einklang bringen.

574 Um das Vertrauen in unser Asylsystem zu stärken, wollen wir die EU-Asylagentur in ihren
575 Befugnissen erweitern, damit sie die gemeinsamen europäischen Asylregeln durchsetzen kann.
576 Perspektivisch soll die Behörde dort, wo das System in einzelnen Mitgliedstaaten überlastet
577 ist, auch die Kompetenz für Asylverfahren erhalten. Dabei sind menschenrechtliche
578 Verpflichtungen einzuhalten und streng zu kontrollieren.

579 Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen

580 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf Freizügigkeit
581 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten Errungenschaften
582 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir dauerhafte und
583 stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

584 Ein gemeinsamer Schengen-Raum braucht kontrollierte Außengrenzen. Denn für die Freiheit und
585 Sicherheit im Inneren müssen wir zuverlässig wissen und kontrollieren können, wer nach
586 Europa kommt.

587 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss europäischer Politik
588 nach außen setzt indes die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln voraus. Mit
589 dieser Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von Humanität
590 und Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten
591 zerschellt.

592 Dem Versuch, Geflüchtete rechtswidrig zurückzudrängen, stellen wir uns entschieden entgegen.
593 Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen zuverlässig registriert, erstversorgt und
594 menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das
595 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall.

596 Trotz dieser völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an Europas
597 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind Misshandlungen
598 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden in Seenot
599 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks rechtlich und
600 politisch konsequent geahndet werden. Wir wollen außerdem das staatliche und
601 zivilgesellschaftliche Menschenrechtsmonitoring durch die EU-Grundrechteagentur weiter
602 ausbauen. Gleichzeitig bedarf es einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-
603 Einsätzen und einer systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort. Hilfs- und
604 Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und den
605 Grenzregionen. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der Basis von Grund-
606 und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache wollen wir
607 endlich beenden.

608 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete versorgen und
609 beraten. Wir wollen sicherstellen, dass Presse, NGOs und Anwält*innen ungehindert Zugang zu
610 ihnen haben, um ihrem humanitären Engagement nachzugehen. Die Bedarfe von besonders
611 schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen, queeren Menschen, Kindern oder Menschen mit
612 Behinderungen müssen wir dabei besonders in den Blick nehmen. Kinder, die sich allein auf
613 den Fluchtweg machen, müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen. Sie müssen
614 kindergerecht untergebracht und versorgt werden.

615 Spurwechsel, Migrations- und Rückführungsabkommen

616 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und rechtsstaatliche
617 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen haben, um
618 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Auch im Rahmen von möglichen Grenzverfahren muss
619 eine unabhängige Rechtsberatung gewährleistet sein.

620 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer Aufenthaltserlaubnis führen.
621 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie
622 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder
623 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen sind immer
624 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige Rückkehr
625 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für eine
626 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

627 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, in denen ihnen
628 Menschenrechtsverletzungen oder eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben drohen. Eine
629 Rückführung darf nur in Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare
630 Verbindung hat. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Der
631 Abschluss von sogenannten Rückführungs- oder Migrationsabkommen muss menschenrechtsbasiert,
632 die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe erfolgen.
633 Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
634 abhängig gemacht werden.

635 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine Probleme.
636 Was hilft, ist: alle Asylverfahren beschleunigen und die Qualität der Entscheidung
637 verbessern. Länder, die ihren Staatsbürger*innen eine sichere Rückkehr garantieren, sollen
638 über Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete
639 Migration erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung
640 ihrer Strafe prioritär zurückgeführt werden.

641 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, bringen sich ein und stehen in
642 Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere Perspektive geben. Denn es ist
643 nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer Verwurzelung in die europäische Gesellschaft
644 täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Wir setzen uns deshalb für einen
645 Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

646 Menschen in Seenot retten

647 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Als EU ist
648 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu verschließen.
649 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das der Familie
650 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer die
651 tödlichste Grenze der Welt bleibt.

652 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht endlich eine
653 europäische Initiative für eine zivile, flächendeckende und staatlich koordinierte
654 Seenotrettung. Wir stehen an der Seite der Seenotretter*innen, die Menschenleben retten.
655 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass
656 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Der erfolgte
657 Einstieg Deutschlands in die finanzielle Unterstützung privater Seenotrettungs-NGOs ist hier
658 ein wichtiger Schritt. Die Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit
659 behindert werden. Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den nächstgelegenen sicheren
660 Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und versorgt werden können. Ein Auslaufen
661 von Rettungsschiffen darf nicht behindert und Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um
662 Menschenleben zu retten, treten wir für die Verbesserung der staatlichen, unter anderem
663 finanziellen, Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wenn Menschen von
664 Seenotrettungsschiffen aufgenommen werden, müssen sie Zugang zum Antrag auf Asyl erhalten.

665 Sichere und legale Fluchtwege schaffen

666 Der wirksamste Weg, irregulärer Migration entgegenzuwirken, ist die Schaffung sicherer und
667 legaler Migrationswege. So schützen wir nicht nur Menschenleben, sondern legen auch
668 Schleuser*innen das Handwerk.

669 Wir setzen deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit Staaten
670 außerhalb der EU. Diese sollen vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration schaffen
671 und können gleichzeitig die menschenrechtlich abgesicherte Rückführung abgelehnter
672 Asylbewerber*innen umfassen.

673 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks UNHCR deutlich
674 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN) anerkannte und
675 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die Aufnahmeländer
676 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten
677 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren und darf das
678 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

679 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass Asylsuchende Europa
680 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem Maße unserer
681 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie besonders gefährdeten Afghan*innen und
682 ihren Familien gerecht werden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme
683 gestärkt werden. Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der
684 Machtübernahme der Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen wir mit
685 einem europäischen Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen.

686 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können. Familien gehören
687 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

688 6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität

689 Polizeiliche Zusammenarbeit stärken

690 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige Institutionen, die
691 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Männer und Frauen, die oft unter großem
692 persönlichen Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet grenzüberschreitend statt
693 und verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen,

694 unsere Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende
695 Vernetzung unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer
696 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effiziente Polizei- und Justizarbeit muss in
697 einem vereinten Europa ebenfalls grenzüberschreitend stattfinden sowie im Einklang mit
698 Bürger*innen-Rechten und rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf wirksame
699 Prävention und gemeinsame Strafverfolgung.

700 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll eigene
701 operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität
702 (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um den
703 Datenaustausch zu verbessern. Die Aufsicht von Europol durch das Europäische Parlament
704 wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen. Neben dem Ausbau von Europol sind
705 Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel zum Erfolg: Die polizeiliche
706 Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-Investigation-Teams, die in
707 enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Gemeinsame Zentren der Polizei in
708 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

709 Vor allem wollen wir die europäische Perspektive in Praxis und Theorie der Polizeiarbeit
710 stärken: Wir schaffen ein europaweites, gefördertes Austauschprogramm für Polizist*innen,
711 bauen die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten aus – und
712 stärken so eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei
713 einbeziehen.

714 Organisierte Kriminalität bekämpfen

715 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet Steuerzahler*innen
716 und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat unterwandern.
717 Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist*innen, die
718 Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme durch
719 Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in Europa
720 und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen Organisationen
721 der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den Blick. Dafür
722 stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und Justiz. Die
723 europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

724 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so auch
725 Verbraucher*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den Kampf gegen die
726 unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und den Opfern
727 besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der
728 Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale
729 Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen enorme
730 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir eindämmen. Ein
731 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit der
732 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir
733 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK engagieren.

734 Gegen Geldwäsche vorgehen

735 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat und
736 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden Euro jährlich
737 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von Kleinanleger*innen
738 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität vorgehen. Auch

739 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.
740 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen, kriminellen
741 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht
742 lohnen!

743 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer schlagkräftigen
744 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir drängen
745 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale
746 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Zusätzlich soll der automatische
747 Austausch von Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
748 international auf Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan vorangetrieben wird. Wir
749 setzen uns für ein europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten europaweit die
750 wirtschaftlichen Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen
751 regelmäßig für Geldwäsche missbraucht werden. Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der
752 Transparenzregister, die zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen,
753 werden wir weiter einschränken. Der Zugang zu den Transparenzregistern soll für die
754 Zivilgesellschaft, Journalist*innen und andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach,
755 kostenfrei und anonym möglich sein. Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch
756 illegales Geld geschützt werden. So schützen wir auch Mieter*innen. Dafür werden wir die
757 Transparenzvorschriften und Kontrollen beim Immobilienerwerb verbessern. Die
758 grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und Instrumente im Bereich
759 Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in Zusammenhang mit
760 kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden können. Für Bargeld werden wir EU-
761 weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von inkriminierten Finanzmitteln zu
762 erschweren. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF werden wir personell und
763 finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder Korruptionsstraftaten, zum Beispiel
764 die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern, vorgehen kann.

765 Terrorismus das Handwerk legen

766 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch und
767 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie stellen eine enorme
768 Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Terrornetzwerke reichen oft über den gesamten
769 Kontinent und darüber hinaus. Die EU kann und muss hier einen wirkungsvollen Beitrag zum
770 Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte polizeiliche wie nachrichtendienstliche
771 europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen Standards und Definitionen ist notwendig, um
772 dem Terror das Handwerk zu legen. Wir wollen hierfür die Stelle des Anti-Terror-Koordinators
773 bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten und die Mitgliedstaaten zu mehr
774 Austausch und Kooperation verpflichten.

775 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die politische
776 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten
777 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Dazu zählt die
778 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder
779 Angebote für Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir
780 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen beobachten wir
781 genau. Onlineplattformen spielen eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von
782 Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Onlineplattformen entschiedener dagegen vorgehen und
783 entsprechende Inhalte löschen.

784 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem Terror die
785 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich terroristische und

786 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu Schwarzmärkten und
787 legen wichtige Finanzquellen trocken. Wir setzen uns für gemeinsame Standards und einen
788 intensiven Austausch bei der Verfolgung von Terrorist*innen ein.

789 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter*innen braucht es ein europaweit einheitliches
790 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre Spur
791 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich definieren,
792 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

793 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt,
794 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar sind. Wir
795 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den Schwarzmarkt
796 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke, wollen wir
797 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht mehr
798 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir
799 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für
800 Waffenbesitzer*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen wollen wir
801 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

802 Nachrichtendienste effektiv aufstellen

803 Grenzüberschreitender Terrorismus, geheimdienstliche Aktivitäten, Wirtschaftsspionage oder
804 Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und offene Gesellschaft. Besonders
805 autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran nehmen dabei die gesamte EU in den Blick
806 und koordinieren ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind
807 Angriffe auf Oppositionelle oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Dem müssen
808 wir uns in Europa gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die Nachrichtendienste spielen
809 dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

810 Bislang wird ihre Arbeit aber oft dadurch behindert, dass Informationen und Erkenntnisse
811 europaweit nicht ausreichend geteilt werden. Wir fordern effektive und demokratische
812 Nachrichtendienste, damit wir die Sicherheit der EU global besser gewährleisten können.
813 Deshalb wollen wir für eine bessere und rechtsstaatliche Zusammenarbeit der europäischen
814 Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur gründen. Dort soll in den
815 Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger rechtlicher Vorgaben,
816 zusammengeführt und ausgewertet werden, um die Analysefähigkeit zu stärken. Es braucht
817 demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen der Agentur, die unter
818 Einbeziehung des Europäischen Parlaments erarbeitet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
819 nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren Rechtsgrundlagen stehen, effektiv
820 begrenzt werden und eine parlamentarische Kontrolle in allen Mitgliedstaaten eingehalten
821 wird. Einen rechtswidrigen Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den
822 Nachrichtendiensten lehnen wir ab. Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Vernetzung
823 und Kooperation der mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen Ebene ein.

824 Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen

825 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen einheitlichen
826 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der Organisierten
827 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das Strafrecht
828 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten aufnehmen,
829 damit sie europaweit verfolgt werden kann.

830 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen stärken: Die
831 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust)
832 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische Staatsanwaltschaft
833 (EUStA) ausbauen. Sie soll zukünftig eigene Ermittlungen bei grenzüberschreitenden
834 Sachverhalten im Bereich von Terrorismus und OK führen. Grenzüberschreitende Strafverfahren
835 wollen wir vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden
836 können. Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs
837 unter Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und
838 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa.

839 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger*innen: Wir treten für einen effektiven Rechtsschutz
840 von Beschuldigten und Verteidiger*innen ein. Hinweisgeber*innen, Zeug*innen und
841 investigative Journalist*innen spielen eine herausragende Rolle bei der Aufklärung von
842 Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür schlagen wir
843 ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei der
844 Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei
845 unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz zusammenzuarbeiten.
846 Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug*innen sollen künftig eine größere Rolle bei der
847 grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

848 Die Bevölkerung schützen

849 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche
850 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und gigantische
851 Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische Infrastruktur
852 unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft. Sie
853 versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit Bedrohungen
854 dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und Koordination
855 praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen. Wir
856 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und zusammendenken. Dabei
857 nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-
858 Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu verhindern.

859 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise unabsehbaren Folgen
860 weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann dabei helfen,
861 Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren weiter stärken
862 und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine echte
863 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden. Den
864 gesundheitlichen Bevölkerungsschutz und zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei Erdbeben oder
865 anderen Großschadenslagen wollen wir ausbauen.

866 7. Digitale Bürgerrechte

867 Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern

868 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die Art, wie wir
869 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine
870 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als Vorbild und
871 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten digitalen Welt
872 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte der Menschen

873 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder von KI noch
874 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

875 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige Gesellschaft
876 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen wird. Wir
877 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive Beteiligung von
878 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung.

879 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die anlasslose
880 Vorratsdatenspeicherung, biometrische Gesichtserkennung, die Überwachung von Verhalten oder
881 Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung von Emotionen oder die
882 Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie Geschlecht, sexuelle
883 Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit lehnen wir aufgrund der hohen
884 Wahrscheinlichkeit für Fehler und der möglichen Auswirkungen auf bereits marginalisierte
885 Gruppen ab. Die Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur Unterstützung
886 im medizinischen und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf
887 eine sichere Kommunikation und Verschlüsselung wollen wir stärken und ausbauen. Sie ist
888 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen
889 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

890 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung entsprechender
891 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird Spyware
892 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Die Verwendung von Spyware, zum Beispiel
893 zur Überwachung von Journalist*innen oder Staatsanwält*innen, lehnen wir ab.

894 Gegen Hass im Netz vorgehen

895 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung der
896 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen erlauben es heute,
897 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und diskutiert
898 werden können.

899 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet. Wahlen sollen
900 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Wir treten dafür ein, dass
901 Sanktionen gegen staatliche Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen verbreiten,
902 etwa Russia Today, konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig und
903 europaweit Lagebilder zu Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine
904 effektive Bekämpfung zu schaffen.

905 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen Orten an. Mit
906 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen. Algorithmen und
907 Targeting dominanter Digitalplattformen tragen dazu einen wesentlichen Beitrag, indem sie
908 Hassnachrichten und Desinformation verstärkt verbreiten. In der Folge ziehen sich von
909 Hassrede betroffene Personen häufig zurück oder schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum
910 Schaden der demokratischen Debatte.

911 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Mit dem Digitale-
912 Dienste-Gesetz und dem Digitale-Märkte-Gesetz haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um
913 mit Nutzer*innen-Rechten, Transparenz und klaren Regeln Hassrede entgegenzutreten, ein
914 demokratischeres Internet zu schaffen und Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt
915 es, jetzt in Deutschland und Europa konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln.

916 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene Personen
917 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir auch eine

918 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren. Die Einrichtung
919 von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den Mitgliedstaaten wollen
920 wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts kann auch durch die rechtlich
921 gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich relevantem Material, zum Beispiel
922 Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den Ermittlungsbehörden überprüft wird.
923 Europol soll gegen europaweit agierende Netzwerke vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im
924 Netz verbreiten.

925 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von Desinformation eine
926 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus den
927 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von Falschinformationen
928 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten Deepfakes, oder
929 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen und ist
930 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-Gesetzes
931 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger Baustein der
932 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der
933 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.

934 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten, sollen
935 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen Nutzer*innen werden.

936 Europas IT schützen

937 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser Zusammenleben
938 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor Cybercrime aber
939 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für eine
940 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen Produkten,
941 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten EU-
942 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren. Wir
943 wollen die europäische Kooperation im Bereich der Cyberabwehr deutlich stärken. Die Agentur
944 der Europäischen Union für Cybersicherheit entwickeln wir hierfür weiter.

945 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen wir
946 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von Cyberoperationen
947 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und Verwaltungssysteme sind eine
948 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm- und
949 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler Zusammenarbeit geprägt
950 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir
951 Kompetenzen in der EU ausbauen.

952 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere „Digitale
953 Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante Datenbanken und
954 technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert vorgehalten
955 werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den Zugang
956 zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder den
957 Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

958 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen haben auch zu
959 einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die Strafverfolgung
960 reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie das Internet
961 keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von Kriminalität
962 im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und Bekämpfung
963 stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten

964 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor. Wir wollen mit gezielten
965 Kampagnen die Bürger*innen für Betrugsdelikte sensibilisieren, die im Internet begangen
966 werden.